

Wahlprogramm
zur Landtagswahl 1994
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Brandenburg

„Programm der Vernunft“

(Beschlissen auf dem Landesparteitag
in Niewitz am 30. April 1994)



Programm der Vernunft

des Landesverbandes Brandenburg der

F.D.P.

Die Liberalen



beschlossen am 30. April 1994
auf dem 4. Landesparteitag in Niewitz

LANDESWAHLPROGRAMM 1994
DER
F.D.P. DES LANDES BRANDENBURG

PRÄAMBEL

Seite: 2 - 3

I. Wirtschaft, Verkehr, Bau:

Seiten: 4 - 7

1. Wirtschaft
2. Raumnordnung
3. Verkehr und Bau

II. Umwelt, Land- und Forstpolitik

Seiten: 8 - 10

1. Umwelt
2. Land- und Forstpolitik

III. Bildung und Kultur:

Seiten: 11 - 16

1. Bildung
2. Wissenschaft
3. Kultur
4. Sport und Freizeit
5. Medien

IV. Demokratie, Sicherheit und Recht:

Seiten: 17 - 18

1. Bürgernahe Verwaltung
2. Innere Sicherheit
3. Rechtsstaat

V. Soziale Aufgaben:

Seiten: 19 - 21

1. Gesundheits- und Sozialpolitik
2. Frauen- und Familienpolitik
3. Kinder- und Jugendpolitik

P R Ä A M B E L

Die Bürger des Landes Brandenburg haben der **F.D.P.** vor vier Jahren das Mandat gegeben, im ersten frei gewählten Landtag mit einer Fraktion vertreten zu sein und in einer Koalitionsregierung verantwortlich nach liberalen Grundsätzen mitzuarbeiten.

Die liberale Landtagsfraktion und die beiden von der **F.D.P.** gestellten Minister, Walter Hirche und Dr. Hinrich Enderlein, haben den Prinzipien liberaler Politik entsprechend das neue Brandenburg maßgeblich mit aufgebaut. Daran, daß Brandenburg - bei allen Schwierigkeiten - eine gute Entwicklung genommen hat, haben liberale Politiker in den Kommunen, im Land und im Bund nicht unwesentlichen Anteil.

Liberaler Politik in Brandenburg ist dem Wohl aller Bürger verpflichtet. Es ging der **F.D.P.** darum und wird ihr weiterhin darum gehen, die Lebensbedingungen für die Bürger in allen Bereichen nachhaltig zu verbessern. Dabei kommt der Erhaltung, der Sicherung und der Schaffung von Arbeitsplätzen durch eine flexible Wirtschaftspolitik äußerste Priorität zu. Persönlicher und sozialer Wohlstand lassen sich nur durch zukunftsorientierte, sichere Arbeitsplätze garantieren. Diese werden vor allem durch kleine und mittelständische Betriebe geschaffen, wie die Erfahrungen gezeigt haben.

Liberaler Politik wird auch in Zukunft nicht allen alles versprechen, schon gar nicht, daß Politik im Stande ist, alle Probleme zu lösen. Insofern benennt das vorliegende Programm für die nächsten fünf Jahre Absichten und politische Ziele, die sich auch real durchsetzen lassen. Selbstverständlich formuliert dieses Programm liberale Grundpositionen und ist nicht die Vorwegnahme einer Koalitionsvereinbarung.

Die F.D.P. stellt sich mit einer guten Leistungsbilanz dem Wähler und bittet Sie als Bürger des Landes erneut um den Auftrag, Brandenburg für die nächsten fünf Jahre aktiv mit zu gestalten. Wenn Sie wollen, daß Brandenburg auch weiterhin mit deutlich liberaler Handschrift und nicht von einer Partei allein regiert wird, dann **wählen Sie F.D.P.** Wir stehen weiterhin für eine Regierungskoalition mit der SPD zur Verfügung. Allerdings ist ein Bündnis mit uns nur zu haben, wenn insbesondere in der Mittelstands-, Technologie- und Wissenschaftspolitik sowie auf dem Feld der inneren Sicherheit in der nächsten Legislaturperiode unverkennbare Schwerpunkte gesetzt werden. Hierfür stehen für den Landesverband Brandenburg der F.D.P. die Spitzenkandidaten Dr. Hinrich Enderlein und Rainer Siebert.

I. Wirtschaft, Verkehr, Bau

1. Wirtschaft :

Libérale Wirtschaftspolitik im Land Brandenburg ist dem Anliegen verpflichtet, durch Erhaltung vorhandener und Schaffung neuer Arbeitsplätze die Grundlage für eine erfolgreiche Entwicklung des Landes und seiner Kommunen zu schaffen.

Die Brandenburger F.D.P. hat in den vergangenen vier Jahren eine wirksame Mittelstandsförderung in der Landesregierung durchgesetzt, in deren Ergebnis zehntausende Betriebe und ein Mehrfaches an Arbeitsplätzen entstanden sind. Sie wird die zielgerichtete Verbesserung der Wachstumsmöglichkeiten zugunsten des ersten Arbeitsmarktes konsequent weiterführen.

Mit konkreten Maßnahmen wird die F.D.P. die Interessen des Mittelstandes wahrnehmen:

-finanzielle Fördermaßnahmen

. Investitionszuschüsse werden vorrangig für kleine und mittlere Unternehmen bereitgestellt,

. der Rahmen für die Übernahme von Landesbürgschaften wird erweitert,

. der Beteiligungsfonds wird aufgestockt,

. ein Programm zur Überbrückung zeitweiliger

Liquiditätsschwierigkeiten wird aufgelegt,

. die Mittel für Existenzgründerschüsse werden aufgestockt.

-Förderung neuer Technologien und der Produktinnovation

. Erweiterung der Technologieförderung im Handwerk,

. Förderung der Kooperation zwischen Universitäten, Fachhochschulen und mittelständischen Unternehmen,

. Ausbau von Beratungs- und Transferleistungen.

-steuerpolitische Zielstellungen zur Entlastung der Unternehmen

. Anhebung der Besteuerungsgrenze bei der Umsatzsteuerveranlagung auf 2 Mio DM,

. Senkung der Gebühren und Abgaben,

. Abschaffung der Gewerbesteuer,

. Senkung der Körperschaftssteuer,

-Deregulierung und Entbürokratisierung,

. Vereinfachung und Verkürzung von

Genehmigungsverfahren,

- . Privatisierung von Leistungen der öffentlichen Hand,
- . Öffnung neuer Betätigungsfelder für Freiberufler,
- . Abschaffung des Ladenschlußgesetzes.

-Absatzförderung und öffentliche Auftragsvergabe,

- . vorrangige Vergabe von öffentlichen Aufträgen an einheimische Unternehmen,
- . Unterstützung des Handwerks bei der Bildung von Bietergemeinschaften,
- . Marktzugangsförderung für kleine und mittlere Unternehmen,

. Mehrwertsteuerpräferenz für ostdeutsche Betriebe,

. Hilfe für kleine und mittlere Betriebe bei Marketing, Design und Qualitätssicherung,

-bedarfsgerechte Ausbildungsförderung und mehr Lehrstellen; insbesondere sind die Altersbegrenzungen in Ausbildung und Berufslaufbahn aufzuheben, Unterbrechungen sollten ohne Nachteile möglich sein.

. Unterstützung bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen,

. Organisation betriebsbezogener Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen in Bildungseinrichtungen des Handwerks,

. Begünstigung der Wiederbeschäftigung und Einarbeitung von Arbeitslosen

-Braunkohle- und Energiewirtschaft

Die F.D.P. setzt sich konsequent für die Erhaltung der Arbeitsplätze in den Tagebauen und Kraftwerken der Lausitz ein. Sie wird mit einem Strukturkonzept für die Region gleichzeitig die Schaffung neuer Arbeitsplätze für die vom Förderrückgang betroffenen Arbeitnehmer gestalten.

Das F.D.P.-geführte Wirtschaftsministerium hat gegen den Widerstand anderer Parteien das für den Fortbestand des Bergbaus notwendige Planungsrecht durchgesetzt und damit die Voraussetzungen für weitere Investitionen gesichert. Mit der Verstromung von Braunkohle und dem Absatz von Elektroenergie hat dieser Wirtschaftszweig eine reale Perspektive.

Diese 2-Wege-Strategie liberaler Wirtschaftspolitik wird die Lausitz wieder zu einer leistungsfähigen Region entwickeln. Zur Beseitigung der landschaftlichen Schäden der Vergangenheit werden umfangreiche Sanierungs- und Rekultivierungsmaßnahmen durchgeführt, die

beschäftigungswirksam sind und die Gründung neuer mittelständischer Unternehmen ermöglichen.

-Tourismus und Fremdenverkehr als Chance für die ländlichen Regionen

Die F.D.P. fördert nachhaltig private Investitionen, um Brandenburg zu einem attraktiven Ziel für Kurgäste, Touristen und Urlauber zu machen. Reizvolle Landschaften und kulturelle Anziehungspunkte bilden sehr gute Voraussetzungen für Dienstleistungen im Freizeitbereich, in der Gastronomie und im Beherbergungswesen. In diesem Wachstumsfeld liegen erhebliche Beschäftigungspotentiale, die für Teilzeit- und Vollerwerbsarbeitsplätze genutzt werden müssen. Die F.D.P. hat sich erfolgreich für Ausnahmen vom Ladenschlußgesetz in Kur- und Erholungsorten und touristischen Schwerpunkten eingesetzt und wird weiter für die Verbesserung der Entwicklungsbedingungen für Arbeitsplätze im Tourismus arbeiten.

-Hilfe für benachteiligte Regionen

Die F.D.P. hat gegen andere Parteien eine zusätzliche Förderung strukturschwacher Regionen des Landes durchgesetzt. Sie will nicht einseitig bestehende Zentren entwickeln, sondern dafür sorgen, daß auch in der Fläche des Landes eine Strukturverbesserung erreicht werden kann. Sie wird sich auch künftig dafür einsetzen, daß regionale Strukturpolitik ein wirksames Element bleibt.

2. Raumordnung:

Die Raumordnungspolitik des Landes Brandenburg bestimmt heute Entwicklungen, die weit in das Jahr 2000 hineinreichen. Deshalb gilt es jetzt, Voraussetzungen für eine Raumordnungspolitik zu schaffen, die sowohl ein ausreichendes Arbeitsplatzangebot sichert als auch gesundes Wohnen und eine sinnvolle Freizeitbetätigung der Menschheit gewährleistet.

Gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilen des Landes zu schaffen, erfordert eine ausgewogene Strukturpolitik, die besonders die benachteiligten Gebiete fördert und bei konsequenten Planungen darauf gerichtete Prioritäten setzt:

- eine kurzfristige Erarbeitung eines Landesentwicklungsprogramms, welches der räumlichen Verflechtung, insbesondere mit dem Land Berlin, durch abgestimmte Entwicklungskonzepte Rechnung trägt,
- eine Raumordnungspolitik, die den örtlichen infrastrukturellen

Anforderungen gerecht wird und zur Belebung der Innenstädte führt,

- eine besondere Landesförderung von Stadt- und Dorfplanungen, die der Erhaltung historisch gewachsener Siedlungsstrukturen Rechnung trägt,

3. Verkehr und Bau :

Die Gestaltung der Verkehrsinfrastruktur und der Verkehrssysteme muß der Deckung des gegenwärtigen und zu erwartenden Verkehrsbedarfs entsprechen. Die Bau- und Wohnungspolitik im Land Brandenburg muß bei der Lösung der Aufgaben konsequent die Gesetze des Marktes nutzen. Mit der Entfaltung der Marktkräfte muß die soziale Sicherung für Bürger mit geringerem Einkommen durch das Wohngeld und den sozialen Wohnungsbau erfolgen:

- eine Bau- und Verkehrspolitik, die den Anforderungen der Bürger aus Arbeit und Wohnen gerecht wird,
- eine sinnvolle Vernetzung des Individualverkehrs und einem attraktiver zu gestaltenden öffentlichen Personennahverkehr,
- eine Verkehrspolitik, die Grundlagen für eine schrittweise Verlagerung des Güterverkehrs von den Straßen auf die Schienen- und Wasserwege schafft,
- für einen beschleunigten Straßenausbau mit dem Ziel der Erreichung der Verkehrssicherheit durch entsprechende Leitsysteme,
- gegen die Kriminalisierung und "Verteufelung" des motorisierten Individualverkehrs, insbesondere des Autoverkehrs,
- eine schnellstmögliche Entscheidung und Einordnung des Internationalen Flughafens Berlin - Brandenburg im Raum Jüterbog als wichtiger wirtschaftlicher Impuls für das Land Brandenburg,
- für die Realisierung einer Transrapidstrecke Hamburg-Berlin und Einrichtung eines Wartungs-Instandhaltungszentrums im Land Brandenburg,
- die mittel- und langfristige Deckung des Bedarfes an Wohnraum durch Schaffung von Wohneigentum und gezielten sozialen Wohnungsbau,
- Abbau des Antragstaus in Grundbuch-, Kataster- und Bauämtern durch Straffung und Vereinfachung der Verfahrensabläufe,
 - konsequente Anwendung des "Huckepack-Verkehrs" im Grenzverkehr.
- eine Stadtentwicklung, Wohnbereichsgestaltung und Verkehrspolitik, die die besonderen Bedürfnisse von Familien mit Kindern berücksichtigt.

II. Umwelt, Land- und Forstpolitik

1. Umwelt:

Umweltgerechtes Verhalten muß sich für den Bürger lohnen. Wir Liberale wollen mit den Instrumenten der Marktwirtschaft und den Möglichkeiten moderner Technologien vorausschauend den Erfordernissen der Zukunft schon heute gerecht werden.

Die Ökologie von heute ist die Ökonomie von morgen. Verstöße sind nach dem Verursacherprinzip zu ahnden.

Die F.D.P. setzt sich umweltschützend ein für:

- Gewerbeansiedlungen sollten vorrangig auf früheren Industrie-, Militär- und landwirtschaftlich nicht mehr nutzbaren Flächen erfolgen.
- umweltgerechte Produktion (Minderung des Anfalls von Abprodukten, sparsamer Umgang mit Ressourcen und Energie),
- marktwirtschaftliche Anreize für umweltschonende Maßnahmen,
- Schaffung von Arbeitsplätzen durch Realisierung von Umweltschutzmaßnahmen,
- Förderungskonzepte für ökologisch orientierten Wohnungsbau (geringer Flächenverbrauch, Gewährleistung der Forderungen des Natur- und Landschaftsschutzes, energie- und wassersparend, schadstoffarme Baumaterialien),
- Begrünung des Stadtbildes und der Ortsränder
- Wege-, Straßen-, Wasserstraßen- und Flugplatzbau unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte und ökologiegerechter Gestaltung (u. a. Rad-, Reit- und Wanderwege sowie deren Verknüpfung mit dem effektiv organisierten Nahverkehr),
- Durchsetzung notwendiger Investitionen zur Erhaltung der Umwelt sowie zur Sanierung (Altlasten, ehemals militärisch genutzter Flächen, Rekultivierung von Bergbaufolgelandschaften) in der Lausitz durch mittelständische Unternehmen,
- Harmonisierung der Interessen zwischen landwirtschaftlicher Produktion und den Forderungen des Umweltschutzes, insbesondere bei schützenswerten Landschaften (Biotop).

Bachläufe, Hecken, Gewässer u. a.) und beim Betrieb von Schöpfwerken sowie beim Artenschutz, Wasser- und Abwasseranlagen, die nach ökologischen und ökonomischen Kriterien konzipiert, finanziert betrieben werden und bezahlbar bleiben (z. B. kein starrer Blick auf Großklärwerke).

-die konsequente Anwendung des Prinzips der "ökologischen Marktwirtschaft" die länderüber-greifende Kooperation von Brandenburg und Polen in umwelttechnischen Vorhaben (z. B. Kläranlagen),

-die bedarfsgerechte Weiterführung der Tagebaue im Lausitzer Revier.

2. Land- und Forstpolitik

Die Landwirtschaft ist Zweig der mittelständischen Wirtschaft.

Die F.D.P. des Landes Brandenburg fordert nachdrücklich die rechtlich garantierte Chancengleichheit im marktwirtschaftlichen Wettbewerb durch Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung für die bäuerlichen Familienbetriebe und freiwillig von den Bauern gebildeten Genossenschaften und Gesellschaften (GmbH, GbR, AG) sowie für andere Unternehmen der Bereiche Landwirtschaft, Gartenbau, Obstbau, Fischerei, Ernährung und Forsten. Als die Partei des Rechts und des Eigentums fordert die F.D.P. auch die Sicherung des Eigentums der ausgeschiedenen LPG-Mitglieder und der in den neuen Agrarbetrieben Beschäftigten.

Die F.D.P. des Landes setzt sich ein

· für den Abschluß langfristiger Pachtverträge, die die Existenz und Kreditwürdigkeit der landwirtschaftlichen Unternehmen sicherstellen,

· für ein Siedlungskaufmodell, das eine breite Eigentumsbildung ermöglicht,

· im Interesse der Investitionsbeschleunigung für eine unbürokratische Zusammenführung von Boden und selbständigem Gebäudeeigentum,

· für Regelungen, die die Existenzgefährdung von Betrieben durch Altschuldenbelastung vermeiden,

· für Förderung von Investitionen in Landwirtschaftsbetrieben, die zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe beitragen.

Die F.D.P. unterstützt die Klage der Landesregierung gegen die

Bodenverwertungspraxis der THA, fordert gesetzliche Regelungen, die die Ergebnisse der Bodenreform respektieren und eine breitgestreute Eigentumsbildung an Grund und Boden ermöglichen.

Die F.D.P. tritt für einen sachgerechten Interessenausgleich zwischen den Belangen der Landwirtschaft und den Erfordernissen von Natur- und Umweltschutz ein.

Deshalb fordert sie

- eine Zuordnung der Bereiche Umwelt und Naturschutz zum Landwirtschaftsministerium;
- berufsständige Vertretung an rechtlichen Regelungen zum Natur-, Umwelt- und Wasserschutz und der Fördermaßnahmen intensiv mitarbeiten;
- die Landwirte und Forstwirte für die gemeinwohlorientierte landschaftsgestaltende und landschaftserhaltende Arbeit zu honorieren;
- in die Entschädigungsrichtlinie Landwirtschaft der Umwelt- und Naturschutz aufgenommen wird;
- Förderung für Flächen des verträglichen Naturschutzes.
- Die F.D.P. erkennt die Notwendigkeit der Vereinfachung von Antragswegen zur Fördermittelbewilligung;
- dazu gehört, daß die Förderanträge faßlich und für den Landwirt praktikabel gestaltet werden;
- das Beratungsangebot landwirtschaftlicher Betriebe erweitert und finanziell gefördert wird;
- die F.D.P. fordert, die Waldfläche zu erhalten und durch bleibend aus der landwirtschaftlichen Nutzung ausscheidende Flächen zu mehren und dem Tourismus zu erschließen ist;
- die Ziele der Waldbewirtschaftung mit den Anforderungen des Naturschutzes sinnvoll zu verbinden;
- der Vertragsnaturschutz auf Waldeigentümer und Landwirtschaftsbetriebe anzuwenden ist;
- die Privatisierung der treuhänderisch verwalteten Waldfläche auch ortsansässige Waldbauern und andere Landwirtschaftsbetriebe einbezieht.

Die F.D.P. setzt sich für eine umfassende Förderung des ländlichen Raumes ein, die die Schaffung zusätzlicher Erwerbsmöglichkeiten für die Landbevölkerung einschließt und Wohnen auf dem Lande attraktiv macht.

III. Bildung und Kultur

1. Bildung:

Schule muß in ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag auf ein selbstgestaltetes Leben in der Gesellschaft vorbereiten. Die Herausbildung von Kreativität und Leistungsbereitschaft - eingebettet in die Entwicklung eines sozialen Verantwortungsbewußtseins - sind die grundlegenden Anforderungen an Bildungspolitik der Zukunft. Sie muß einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung unseres Landes, den Prinzipien von Toleranz und Solidarität verpflichtet, leisten. Zur Verwirklichung dieses Zieles bedarf es Vielfalt statt Einfalt im Schulwesen. Wir Liberalen wollen daher unter Berücksichtigung der konkreten Bedingungen des Landes Brandenburg folgendes in der Landespolitik durchsetzen:

- Erhalt und schrittweiser Ausbau des Bildungsstandards
- Rücknahme der Stundentafelkürzung (besonders im Hinblick auf die anzustrebende zwölf-jährige Schulzeit bis zum Abitur)
- keine Lehrerpflichtstundenerhöhung
- keine erhöhten Klassenfrequenzen
- Erhalt möglichst vieler Schulstandorte in den ländlichen Regionen (Regionalschulen und klassenübergreifende Grundschulen),
- Zugangskriterien für die Aufnahme in die weiterführenden Schulformen und Bildungsgänge nach Klasse 6,
- Abschlußprüfung zur Vergabe des Realschulabschlusses/ Fachoberschulreife an allen Schulen,
- Entwicklung von Konzepten für eine zwölfjährige zum Abitur führende Ausbildung im Konsens mit den anderen Bundesländern und mit Blick auf die europäische Integration,
- Förderung von Begabungen und Talenten zum Beispiel an Schulen mit überregionalem Einzugsbereich und besonderem Profil auch ab Klasse 5,
- Verstärkung des Fremdsprachenunterrichts in allen Schulformen, auch mit Blick auf osteuropäische Sprachen,
- Erziehung zu Toleranz und Verständnis - gegen Gewalt an Schulen,
- Integration behinderter Kinder, wo immer sinnvoll und

möglich,

- Förderung betrieblicher Ausbildungsplätze und die Stärkung der dualen Ausbildung,
- stärkere Unterstützung freier Träger bei der Errichtung und dem Aufbau von Schulen in freier Trägerschaft,
- Öffnung der Schulen für Ganztagsangebote (AG's, Proberäume für Jugendgruppen, Jugend-vereine).

2. Wissenschaft:

Investitionen in die Wissenschafts- und Forschungslandschaft sind Zukunftsinvestitionen. Sie sind regional- und strukturpolitisch unabdingbare Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung und die optimale Qualifikation besonders der jüngeren Bevölkerung. Sie sind ein Mobilitätsanreiz für qualifikations- und aufstiegsorientierte Arbeitnehmer. Sie sind die Voraussetzung des liberalen Ziels einer optimalen Ausbildung und Beschäftigung. Die gegenseitigen Wechselwirkungen einer aufeinander abgestimmten Wissenschafts- und Forschungspolitik mit den Unternehmen einer Region und deren speziellen Erfordernissen sind mittel- und langfristig wichtige Faktoren für die gesamte Entwicklung.

Der Ausbau der Wissenschafts- und Forschungslandschaft Brandenburgs ist nicht nur zur Wahrung der Zukunftschancen der jungen Generation energisch voranzutreiben, sondern bietet auch wichtige Anknüpfungspunkte für die Fort- und Weiterbildung aller Arbeitnehmer.

Deshalb wirken die Liberalen Brandenburgs darauf hin, daß -der Ausbau der Universitäten in Potsdam, Cottbus und Frankfurt/Oder durch gemeinsame Anstrengungen des Bundes, des Landes Brandenburg, aber auch der Kommunen zügig vorangetrieben wird,

-das besondere Profil dieser Universitäten abgestimmt und differenziert nach den regionalen Gegebenheiten und den bereits existierenden Bildungs- und Forschungseinrichtungen des Umlandes einen ganz besonderen Attraktivitätswert für Studenten und Wissenschaftler erhält,

-die Fachhochschulen - als wichtiger Ausbildungsgang mit Praxisorientierung - an den vom Wissenschaftsrat empfohlenen Standorten ausgebaut werden,

- 2 - 3 weitere Fachhochschulen an geeigneten Standorten (Prignitz, Uckermark, Eisenhüttenstadt) zur Stärkung der Infrastruktur dieser Region gegründet werden,

- Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation in der Wirtschaft durch abgestimmte Forschungs- und Technologieprogramme mit dem Ziel der Sicherung der industriellen Vorlufforschung erfolgt und damit der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von mittelständischen und technologieorientierten Unternehmen dient,
- der Ausbau einer leistungsfähigen und technologieorientierten Forschungsinfrastruktur im Land Brandenburg durch enge Kooperation von Wirtschaft und Hochschulen fortgesetzt wird,
- Die Intensivierung konzentrierter Forschungsprogramme auf naturwissenschaftlichem Gebiet, vor allem auf die Hochtechnologie mit optimaler Unterstützung durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur und das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie bei verstärkter Koordinierung durch den Landestechnologiebeirat und die T.INA ausgerichtet,
- eine institutionelle Förderung ausgewählter landesspezifischer Forschungsaufgaben (u. a. Umwelt, regenerierbare Rohstoffe, Elektronik) erfolgt,
- daß die Rahmenbedingungen, insbesondere durch Förderung von An-Instituten, des Technologietransfers zu klein- und mittelständische Unternehmen und technologisch orientierten Unternehmensgründungen verbessert werden,
- eine verstärkte Besetzung von Führungspositionen des Öffentlichen Dienstes auf dem Gebiet Wissenschaft, Forschung, Technologie mit Experten aus den neuen Bundesländern vorgenommen wird, wobei flankierend Einarbeitungsmöglichkeiten dieser Fachkräfte in Institutionen der alten Bundesländer angestrebt werden.

3. Kultur:

In der Freiheit der Künste und der Sicherung ihrer Voraussetzungen, in der Präsenz und Aneignung der Kultur in allen ihren Erscheinungen, im Bekenntnis zur multikulturellen Gesellschaft sehen die Liberalen Brandenburgs Grundzüge einer freiheitlichen Kulturpolitik, die durch die Landesverfassung geschützt werden. Das Land Brandenburg ist eine europäische Kulturregion an der Nahtstelle zwischen Ost und West mit einer Vielfalt baulicher und landschaftlicher Denkmale, Parks und Schlösser sowie nationaler Gedenkstätten.

Die Liberalen im Land Brandenburg

- gehen daher vom Erhalt und der weiteren Vervielfachung des reichen kulturellen Lebens in den Städten, kommunalen Gebietskörperschaften und Gemeinden aus,
- wenden sich gegen jede Form von Kulturverlust und stehen für den Erhalt von Bibliotheken, Archiven, Museen, Kinos, Theatern und Orchestern, Musikschulen und künstlerischen Lehranstalten sowie soziokulturellen Einrichtungen und von freien Gruppen, Chören, Liebhaberzirkeln, Jugend- und Kulturzentren und der sakralen Kunst,
- wollen mit der Stiftung "Brandenburgische Gedenkstätten" die Erinnerung an die Opfer des nationalsozialistischen Terrors bewahren und die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte (auch der stalinistischen Nachkriegszeit) fördern,
- regen an, die Schlösser und Herrensitze nutzbringend in die Kulturlandschaft zu integrieren,
- treten für die Wahrung und Verbesserung des Standortvorteils Kultur ein, der in Verbindung mit dem Tourismus zu einem ernstzunehmenden Wirtschaftsfaktor zu entwickeln ist,
- sehen in tragfähigen Schaffensbedingungen für die Künste, in der Denkmalspflege und in der Filmförderung landesspezifische Schwerpunkte,
- fordern die Modifizierung des Steuerrechts zugunsten von vorteilhafteren Arbeitsbedingungen der Künstler,
- befürworten über die öffentliche Kulturförderung hinaus alle privaten Formen von Kulturfinanzierung, wie Sponsoring, Mäzenatentum und Investitionstätigkeit,
- treten zur Sicherung örtlicher Kulturinitiativen für Stiftungen und Fördervereine ein und sehen in Clubs, Kaufmannsgilden und Unternehmervereinigungen wichtige Partner des kulturellen Lebens,
- sehen im Kulturaustausch eine der wichtigen Voraussetzungen für das Zusammenwachsen Europas.

4. Sport und Freizeit:

Die Bedeutung des Sports begründet sich durch seinen beachtlichen Beitrag zur Bildungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik. Land und Kommunen müssen mithelfen, ein wesentlich erweitertes Angebot an Treffpunkten, Clubs, Vereinen, Sportanlagen und anderen Begegnungsstätten zu schaffen, die dem Lebensstil und dem spezifischen Sport- und Freizeitverhalten aller Bürger

entsprechen.

Die F.D.P. des Landes Brandenburg setzt sich ein

- für eine weitere Stärkung der Vereine und des Ehrenamtes im Sport.

- für den Erhalt, Ausbau und Neubau von Sportstätten, die

- wo es möglich ist - den Vereinen in Eigenregie zu übergeben sind.

- für eine möglichst kostenfreie Nutzung der Sportstätten,

insbesondere für Vereine, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, bei einer Beteiligung der Nutzer am Erhalt der Einrichtung.

- für mehr Sport- und Freizeitangebote für die Bürger, denn der Sport leistet eine für die Gesellschaft außerordentlich preiswerte und zudem breit angelegte Jugendarbeit.

- für die Beachtung des Sports als Wirtschaftsfaktor: denn der Sport ist Motor für das Wachstum der Freizeitindustrie; daher benötigt er auch finanzielle Unterstützung aus der Wirtschaft.

- für einen freudbetonten und leistungsorientierten Sportunterricht: die Verbindung von Schul- und Vereinssport ist zu vertiefen,

- für eine ausgewogene Förderung des Breiten- und des Spitzensportes; eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe ist die Sichtung und Förderung von Talenten im Sport.

5. Medien:

Den Medien kommt im Zeitalter der sogenannten "Informationsgesellschaft" immer mehr Bedeutung zu. Sie sind es, die den Meinungspluralismus realisieren, sie sind es, die in der Öffentlichkeit das demokratische Gefüge transparent machen müssen. Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung im Bereich der elektronischen Massenkommunikationsmittel muß durchgesetzt werden. Ein wichtiger Faktor und Multiplikator soll die Einrichtung von offenen Kanälen nun auch in Brandenburg sein, die zusätzliche programmatische Experimentierfelder eröffnen und kreative Fähigkeiten fördern.

Sie sind aber auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, gerade in Brandenburg mit seinen vielen kleinen und mittelständischen Film- und Fernsehproduzenten, mit seinem schöpferischen und wachsenden wirtschaftlichen Potential in den ehemaligen DEFA-Studios. - Vorschlag an Landesvorstand Ergänzung.

Gewaltdarstellungen nehmen sowohl in öffentlich-rechtlichen als auch in privaten Programmangeboten zu. Deshalb sind die

Programmkontrolle zu verstärken und bestehende Gesetze zu verändern.

Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung im Bereich der elektronischen Massenkommunikationsmittel muß durchgesetzt werden. Ein wichtiger Faktor und Multiplikator soll die Einrichtung von offenen Kanälen nun auch in Brandenburg sein, die zusätzliche programmatrische Experimentierfelder eröffnen und kreative Fähigkeiten fördern.

Die F.D.P. fordert:

- Aufbau des ersten Brandenburgischen Offenen Kanals nach dem Berliner Modell und Betreuung durch die Medienanstalt Berlin - Brandenburg,
- schnittweiser Auf- und Ausbau offener Kanäle in Frankfurt/Oder, Cottbus u. a. verkabelten Ballungszentren,
- die koordinierte Zusammenarbeit von FILMBOARD und BÜRO FÜR MEDIENWIRTSCHAFT als Voraussetzung für eine sinn- und effektvolle Produzentenakquise ist zu gewährleisten,
- wirtschaftliche Filmförderung sollte mit kultureller Filmförderung verbunden werden, um die Akquise von Filmproduktionen wirkungsvoller werden zu lassen.

IV. Demokratie, Sicherheit und Recht

Die F.D.P. hat maßgeblich am freiheitlichen und demokratischen Aufbau der Gesellschaft mitgewirkt und dabei auf Eigeninitiative, Kreativität und Leistungsbereitschaft der Bürger gesetzt.

Die F.D.P. hat zahlreiche Forderungen aus ihrem Programm, das der Landesparteitag am 26. Oktober 1991 in Kyritz beschlossen hat durchgesetzt. Gleichwohl setzt sie sich auch weiterhin energisch für die Freiheit der Person vor der Macht der Institution und für den raschen Ausbau rechtsstaatlicher Strukturen im Lande ein.

1. Bürgernahe Verwaltung:

Die F.D.P. ist für einen schlanken Staat und setzt sich dafür ein, daß Verwaltungsentscheidungen dort getroffen werden, wo sie der Verwaltungskraft der jeweiligen Ebene entsprechend am besten wahrgenommen werden können. Erst wenn die untere Ebene eine Aufgabe nicht mehr erfüllen kann, darf eine höhere Ebene damit beauftragt werden. Die so verstandene Funktionalreform ist deshalb eine Daueraufgabe der öffentlichen Verwaltung, für die die F.D.P. energisch eintritt.

Im Interesse der Effizienzsteigerung und der Senkung von Gebühren und Abgaben für öffentliche Leistungen ist das Privatisierungsangebot konsequent anzuwenden.

-Die Landräte sollen künftig - so wie heute schon die Oberbürgermeister und Bürgermeister - direkt gewählt werden. Deshalb setzt sich die F.D.P. für eine Novellierung des Kommunalwahlgesetzes des Landes Brandenburg in der kommunalen Legislaturperiode ein.

2. Innere Sicherheit:

Die F.D.P. ist für mehr Sicherheit für den Bürger durch eine effektivere, gut ausgerüstete und handlungsfähige Polizei. Sie fordert die wirksamere Strafverfolgung und einen gut funktionierenden Strafvollzug. Voraussetzung dafür sind eine den wachsen-

den Anforderungen entsprechende Aus- und Weiterbildung von Polizei, Zoll- und Strafvollzugsorganen sowie die Schaffung einer zweigeteilten Laufbahnordnung.

Deshalb setzt sie sich für eine Neuorganisation der Polizei mit den Zielen

- mehr Bürgernähe,
- mehr Polizeipräsenz auf der Straße,
- der Aufwertung des Streifendienstes gegenüber dem Innendienst, ein
- und fordert
- die Entlastung der Polizei von fachfremden Aufgaben,

Die F.D.P. lehnt die Vermischung der Aufgaben von Polizei und Verfassungsschutz ab und will keine neue, von den Regeln des Polizeigesetzes und der Strafprozeßordnung befreite Geheimpolizei.

Die F.D.P. will keinen Polizeistaat, tritt aber nachdrücklich für die umfassende Vorbeugung als Instrument der Bekämpfung der Kriminalität ein. Prävention ist nach ihrer Auffassung nicht nur Aufgabe der Polizei, sondern auch Bürgerpflicht.

3. Rechtsstaat:

Die F.D.P. hält nichts von ständigen populistischen Forderungen nach immer neuen, schärferen Gesetzen, sondern von einer schnellen Rechtsgewährung in allen Gerichtszweigen.

Die F.D.P. setzt sich deshalb ein für

- eine ausreichende personelle und sachliche Ausstattung der Justiz,
- eine zeitlich direkte Folge der Strafe auf die Straftat, besonders im Jugendstrafrecht
- sowie
- die Unterbindung von Straftaten im Strafvollzug, insbesondere Drogenhandel und Suchttätigkeit sowie von Ausbrüchen aus Justizvollzugsanstalten, -grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Polizei, der Zoll- und Grenzdienststellen auf allen Ebenen.

V. Soziale Aufgaben

1. Gesundheits- und Sozialpolitik:

Liberaler Gesundheits- und Sozialpolitik hat das Ziel, ein Leben in Freiheit und Würde zu sichern. Das setzt gleichermaßen Anstrengungen des Einzelnen als auch solidarische Absicherung gegen Risiken voraus, die die Eigenvorsorge und die Leistungskraft des Einzelnen übersteigen.

In einer Zeit allgemein steigender Kosten gilt es insbesondere, einerseits kein Nachlassen von Versorgungsverpflichtungen zuzulassen, andererseits jedoch auch die vorhandenen Mittel zielgerichtet und effektiv einzusetzen.

So fordern wir u. a.:

- die optimale Förderung ambulanter Dienste für alte, kranke und bedürftige Menschen, um unnötige stationäre Behandlung zu vermeiden,
- die Sicherung spezieller prophylaktischer und therapeutischer Dienste im kinder- und jugendärztlichen Bereich,
- eine gemeindenähe stationäre medizinische Versorgung,
- die Sicherung der Pluralität von Trägerschaften im Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens sowie die Erweiterung der Beratungsangebote zur Selbsthilfe auf allen Gebieten,
- die Sicherung eines leistungsfähigen öffentlichen Gesundheitsdienstes, der sich auf seine originären Aufgaben beschränkt,
- die Gewährung von sozialen Leistungen an tatsächlich Bedürftige,
- die Sicherung einer bedarfsgerechten Zahl von Plätzen in Alters- und Pflegeheimen bei spürbarer Erhöhung des Niveaus ihrer Ausstattung,
- die Einbeziehung der Vorschläge von Behinderten und deren Verbände in die Planungsvorgänge des Landes, damit die Integration Behinderter in gesellschaftliches Leben Realität wird,
- den Erhalt und die Schaffung von integriertem alters- bzw. behindertengerechten Wohnraum in Wohngebieten,
- eine Förderung der Akademie für ärztliche Fortbildung der Landesärztekammer Brandenburg in der Fort- und Weiterbildung und Wissenschaftsarbeit in der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung

2. Frauen- und Familienpolitik:

Libérale Frauen- und Familienpolitik fördert und unterstützt die gleiche soziale Entwicklung von Mann und Frau in allen Lebens- und Gesellschaftsbereichen sowie ein gesundes Aufwachsen der Kinder im Familienverband.

Libérale Gleichstellungspolitik will, daß Frauen und Männer dieses Ziel gemeinsam anstreben. Frauen sollen ohne starre Quoten, Vorschriften und Regelungen die gleichen Chancen wie Männer in Beruf und Politik haben, ohne dabei auf Familie und Kinder verzichten zu müssen. Die Leistungen, die sie in die Lage versetzen, Berufstätigkeit und Familienleben harmonisch miteinander zu vereinbaren, müssen verstärkt werden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Anerkennung der Teilzeitarbeit für Männer und Frauen gleichermaßen als gleichwertige Beschäftigungsform sowie die Berücksichtigung von Familienaufgaben in Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen, die ebenfalls Wiedereingliederungsprogramme enthalten sollten,
- die steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern einschließlich der steuerlichen Anerkennung der Kinderbetreuung,
- die Verwirklichung geeigneter Maßnahmen zum Schutz von Frauen vor Gewalt.

3. Kinder- und Jugendpolitik:

Jugendpolitik schließt die bereits dem Kinde zustehenden sozialen Eigenrechte ein, entsprechend der UN-Konvention zu den "Rechten des Kindes".

Kinderfreundlichkeit läßt sich nur durch Familienfreundlichkeit erreichen, wobei der heutige Umgang mit Kindern den Charakter der Gesellschaft von morgen entscheidend mitbestimmen wird. Junge Menschen brauchen ihre Freiheit und ihr Maß an Eigenverantwortung, aber ebenso stabile Bindungen, Bildungsangebote mit individuellen Auswahlmöglichkeiten und Erziehung mit entsprechenden Freiräumen für eine günstige soziale Persönlichkeitsentwicklung.

Die Jugend entwickelt eigene Lebensstile und Ausdrucksformen im Freizeitverhalten, in der Sprache, in Musik und Kultur. Der Förderung dieser Jugendkultur gebührt zumindest der gleiche

Stellenwert wie der allgemeinen Kulturförderung.

Deshalb setzen sich Liberale ein für:

- den sozialen Schutz des Kindes u. a. durch die Schaffung eines flächendeckenden Netzes spezifischer, für die Kinder erreichbarer Beratungs- und Anlaufstellen (Sorgentelefone/ Hilfestellen für Jugendliche in Krisensituationen / Kinder- und Jugendbeiräte), die Einrichtung eines Kinderbeauftragten für das Land Brandenburg,
- die Förderung des Engagements und der Eigenverantwortung von Jugendlichen durch ein wesentlich erweitertes Angebot an Treffpunkten, Clubs, Vereinen, Sportanlagen etc, die dem Lebensstil und dem Freizeitverhalten von Kindern und Jugendlichen entsprechen. Ein geeigneter Beitrag der Kinder und Jugendlichen am Erhalt und Unterhalt dieser Einrichtungen sollte über Pflege- und Selbstverwaltungsverträge geregelt werden nach dem Prinzip "Jugend nicht nur fördern, sondern auch fordern",
- den Ausbau internationaler Jugendkontakte zum Abbau von Vorurteilen und Intoleranz gegenüber Fremden, Minderheiten und Andersdenkenden,
- den Abbau der Gewaltbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen durch eine gezielte Einflußnahme aller Erziehungsträger,
- die vorrangige Durchsetzung des Gedankens der Erziehung vor dem des Strafens im Jugendstrafvollzug,
- die weitestgehende materielle Förderung von Unternehmen, die Ausbildungs- und Arbeitsplätze zusätzlich schaffen, um jugendlichen Arbeitslosen die Chance der Wiedereingliederung im 1. Arbeitsmarkt zu geben.